

Gesucht: Amtsmanager 2005



Heuer erstmals mit
**E-Government
Sonderpreis**

Dokumentation aller
ausgezeichneten Projekte

Leistungsfähige Verwaltung

Weniger Bürokratie - Mehr Umweltschutz

Vorwort des Präsidenten Vorwort der Generalsekretärin

„Amtsmanager 2005: Zur Nachahmung empfohlen“

Mit dem „Amtsmanager 2005“ vergibt die Wirtschaftskammer Österreich heuer zum achten Mal Auszeichnungen für innovative Projekte in der Verwaltung. Wir sind stolz auf unsere Preisträger!

Wie ihre Vorgänger haben sich die Amtsmanager 2005 um den Wirtschaftsstandort Österreich höchst verdient gemacht. Gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kolleginnen und Kollegen haben sie unsere öffentliche Verwaltung bürgernäher, schlanker, effizienter und transparenter - mit einem Wort professioneller - gemacht.

Hinter den 183 Einzel- und Team-Nominierungen im Jahr 2005 stehen diesmal nicht nur die meisten Projektvorschläge bisher, sondern auch etwa 400 Personen, die sich daran beteiligten und zu deren Erfolg beitrugen. Mit den E-Government-Sonderpreisen setzen wir heuer erstmals einen besonderen Schwerpunkt. Erfreulich ist, dass sich neben den Ämtern der Landesregierungen auch Bundesstellen stark am Wettbewerb beteiligten.

Österreich wird im Zuge der EU-Erweiterung und der Globalisierung der Wirtschaft wie nie zuvor im internationalen Wettbewerb gefordert. Eine schlanke öffentliche Verwaltung, die als modernes Dienstleistungsunternehmen fungiert, hat eine doppelt vorteilhafte Wirkung. Einerseits entfällt Bürokratie, andererseits schafft sie Spielräume zur Gegenfinanzierung von Steuerentlastungen.

Der Amtsmanager-Wettbewerb ist Beweis dafür, dass es im öffentlichen Dienst genügend „Frischzellen“ gibt, die sich im Sinne dieser Zielsetzungen kreativ engagieren. Denn Jahr für Jahr bringt der Amtsmanager-Wettbewerb neue intelligente Projekte ans Licht.

Die heurigen Siegerprojekte werden in der vorliegenden Dokumentation in knapper Form dargestellt. Diese Beispiele und Ideen sollen Andere zur Nachahmung motivieren.

Wir laden Sie ein, uns auch künftig Ihre Ideen für eine moderne staatliche Verwaltung, die sich durch möglichst wenig Doppelgleisigkeiten und einfache Administration auszeichnet, mitzuteilen. Nutzen wir gemeinsam das Kreativitätspotenzial, das in der Verwaltung steckt!

Namens der österreichischen Wirtschaft bedanken wir uns herzlich bei den Amtsmanagern 2005 und wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg.

Dr. Christoph Leitl
Präsident der WKÖ

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin der WKÖ

Vorwort des Veranstalters

„Amtsmanager 2005 fördern den Wirtschaftsstandort Österreich“

Die Amtsmanager 2005 verwirklichen innovative Ideen für weniger Bürokratie zugunsten von Bürgern und der Wirtschaft. Unter dem Motto „Leistungsfähige Verwaltung - weniger Bürokratie - mehr Umweltschutz“ langte heuer wieder eine Vielzahl von Vorschlägen beim Wettbewerb ein. Sowohl Erleichterungen beim Vollzug der bestehenden Vorschriften als auch konkrete Vorschläge für weniger Paragraphen und Gesetze waren gesucht.

Beim Amtsmanager 2005-Wettbewerb, einer gemeinsamen Aktion von Wirtschaftskammer Österreich, ORF und KURIER, sind nach einer Auslese unter Anwendung strenger Kriterien aus 183 eingereichten Projekten 14 Projekte als Sieger hervorgegangen.

Reformpotenzial ist auch im siebenten Jahr des Amtsmanager-Bewerbs noch reichlich vorhanden. Die Möglichkeiten, Bürokratie einzusparen sind oft bestechend einfach - sei es durch innovatives Informationsmanagement, insbesondere durch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien, durch Verbesserung der Kundenorientierung, durch vollzugsfreundliche Vorschriften oder durch die Bereitstellung von Umsetzungshilfen. Das kreative Potenzial, das der heurige Bewerb „aufgedeckt“ hat, ist mehr als beachtlich.

Wir, die Wirtschaftskammer Österreich, haben die in der vorliegenden Broschüre dargestellten Projekte der Hauptpreisträger nicht produziert. Dieser Verdienst gebührt allein den Amtsmanagern 2005. Unsere Aufgabe war und ist es, einen Anstoß zu geben und die Vorzeigeprojekte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wir tun dies in der Hoffnung, dass die preisgekrönten Projekte Nachahmer finden und der Gedanke der Bürokratieentlastung zugunsten des Umweltschutzes und höherer Sicherheitsstandards weitere Mitstreiter findet.

Bedanken möchte ich mich bei Herrn Generaldirektor Univ.Prof. DDr. Barfuß für vielfältige Anregungen zur Weiterentwicklung des „Amtsmanagers“, den Mitgliedern der Jury für die Bewertung der Nominierungen und den Sponsoren für Ihre Bereitschaft, Preise zu dotieren. Mein Dank gilt weiters Herrn Dr. Stefan Ebner und Frau Asiye Toker für die perfekte Organisation sowie die umsichtige Gestaltung aller Unterlagen. Ohne ihre Unterstützung hätten wir den heurigen Erfolg nicht erzielen können.

Univ.-Doz. Mag. Dr. Stephan Schwarzer
Leiter der Abteilung Umwelt- und Energiepolitik
Wirtschaftskammer Österreich

Vorwort des Vorsitzenden der Jury

„Weniger Bürokratie und Regelungsdichte für Bürger und Wirtschaft“

Der Wettbewerb Amtsmanager 2005 erhielt ausgezeichneten Zuspruch; er übertrifft mit 183 Nominierungen bzw Verbesserungsvorschlägen die Erfolge der Vorjahre.

Die verschiedenen Ideen, Behördenabläufe zu optimieren, kamen zu vier Fünftel direkt aus der Verwaltung. Aber auch viele Unternehmer und Privatpersonen präsentierten ihre Vorschläge, oder sie nominierten Beamte als Dank für eine ausgezeichnete Kooperation und effiziente Verfahrensabwicklung.

Für die Jury, deren Vorsitz ich schon vor Jahren übernommen habe, war es keine einfache Aufgabe, aus den vielen innovativen und fachlich fundierten Ideen die 14 besten auszuwählen.

Die 183 Einreichungen stammen aus Österreich, aber auch aus anderen Mitgliederländern der Europäischen Union. Sämtliche neun Ämter der Landesregierungen beteiligten sich. Neben Gemeindebehörden und Magistraten sind schon wie bisher die Ämter der Landesregierung mit 64 Projekten (inkl des Magistrats der Stadt Wien) am stärksten vertreten. Neben 23 Bezirkshauptmannschaften nahmen auch zehn der zwölf Bundesministerien teil. Weiters erhielten wir auch Reformvorschläge von Verbänden, Vereinen, öffentlichen Körperschaften und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde heuer mit der Vergabe von E-government-Sonderpreisen gesetzt. Diesem sind mehr als ein Drittel aller Projekte (64) zuzurechnen. Die Kategorien „Anlagengenehmigungen“ (21 Projekte) und „Umweltschutz“ (25 Projekte) fanden traditionell ebenfalls guten Zuspruch. Überdies bewertete die Jury Nominierungen in den Kategorien „Raumordnung“ (21) sowie „Energieverwaltung“ (12). Mit 32 Reformideen fand die Kategorie „Verkehrsverwaltung“, wie in den Vorjahren, sehr guten Anklang.

Herzlichen Dank sage ich den Mitgliedern der Jury für eine ehrenamtliche Tätigkeit. Im Dienste des Gemeinwohls widmen sie wertvolle Zeit.

Jurymitglieder:

Prof. Dr. Rudolf Bretschneider, Gf FESSEL-GFK, Institut für Marktforschung

Dr. Gisela Hopfmüller, ORF Hauptabteilung Bildung und Zeitgeschehen

Dr. Christoph Kotanko, Chefredakteur KURIER

Univ.Prof. Dr. Wolfgang Pesendorfer, Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes

DI Dr. Helga Prazak-Reisinger, Ltr Abt Health-Safety-Environment-Quality, OMV

Univ.Prof. Dr. Harald Rossmann, Umweltschutzanwalt für Niederösterreich

Univ.DoZ. Dr. Stephan Schwarzer, Ltr Abt Umwelt-, Energie- und Infrastrukturpolitik, WKÖ




Koordination:

DI Dr. Stefan Ebner, Abteilung für Verkehrs- und Infrastrukturpolitik,
Bundessparte Transport und Verkehr, WKÖ

Univ.Prof. DDr. Walter Barfuß
Generaldirektor für Wettbewerb
Präsident des Österreichischen Normungsinstituts

Amtsmanager 2005

3. Hauptpreis

<p>Optimierung der Altlastenexekutionen am Beispiel von Berger-Deponie und Fischer-Deponie</p>	<p>Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt / NÖ</p> <p>Bezirkshauptmann Dr. Heinz Zimper</p>	<p>1.000 € Kategorie Umweltschutz</p>	<p>Saubermacher AG - Graz</p> 
<p>„E-Abwicklung des Grundstücksverkehrs“ zwischen Notaren und Verwaltungsbehörden</p>	<p>Bezirkshauptmannschaft Hermagor in Kooperation mit der Landes EDV und der Kärntner Notariatskammer</p> <p>Bezirkshauptmann Dr. Heinz Pansi</p>	<p>1.000 € Kategorie Raumordnung</p>	<p>Agrana AG</p> 
<p>KOMED - Koordinationsstelle Medizin Linz Online-Anmeldung - Praktikplätze für Medizinstudierende in Linzer Krankenhäusern www.medizinpraktika.at</p>	<p>Magistrat der Landeshauptstadt Linz - Kontrollamt - Stadtrechnungshof - InformationsTechnologie</p> <p>Mag. Christian Ecker (Projektleitung) Stadtrechnungshofdirektor OSR Univ.Doz. Dr. Friedrich Klug Dipl.-Ing. Christian Koch Sabine Prieler David Walpitscheker</p>	<p>1.000 € Kategorie E-Government</p>	<p>IT-Solution</p> 

Optimierung der Altlastenexekutionen am Beispiel von Berger-Deponie und Fischer-Deponie

Amtsmanager 2005: Bezirkshauptmann Dr. Heinz Zipper

Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt/NÖ, Ungargasse 33, 2700 Wr. Neustadt,
02622/9025-41100, heinz.zipper@noel.gv.at

3. Hauptpreis 1.000 EURO; Kategorie Umweltschutz

1. Problembeschreibung

Die Sanierung von Altlasten durch behördliche Zwangsmaßnahmen bedeutet, dass an einer rechtskräftigen/bescheidmäßigen Verfügung mehrere Dienststellen und Behörden zusammenarbeiten müssen, um schnell zu einem ökonomisch vertretbaren und umweltrechtlich haltbaren Projekt zu gelangen.

2. Lösungsvorschlag

Daraus resultieren die Notwendigkeiten zur

- Bildung einer entscheidungsbefugten Arbeitsgruppe mit Vertretern aller wesentlichen Dienststellen unter einheitlicher Leitung,
- die Schaffung eigener Kommunikations- und Informationswege,
- die Ausbildung eines optimalen Berichtswesens,
- die Abgrenzung von Verantwortlichkeiten,
- die ständige Überprüfung der budgetmäßigen Vorgaben und der geleisteten Arbeiten sowie
- regelmäßige Absprachen und kurzfristige Besprechungen nach Bedarf.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Bei der Berger-Deponie war es möglich, nach entsprechender Vorbereitung zwischen 1997 und 2003 insgesamt 882.400 t Abfälle sowie 270.000 t kontaminierten Untergrund zu räumen, dabei Räumungs-, Untersuchungs-, Abtransport- und Entsorgungsleistungen von bis zu 3.000 t/Tag zu erbringen und den Untergrund zu sanieren. Die vereinbarten Bauzeiten und der budgetmäßige Kostenrahmen konnten eingehalten werden.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Sparsame Sanierung einer „Mega-Altlast“

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Rasche Intervention zur Beendigung einer schleichenden Kontamination eines großen Grundwasserreservoirs.

Die Räumung läuft seit 2002, wobei bis Ende 2003 alle Abfälle, Fässer und Ablagerungen von gefährlichen Abfällen entfernt werden konnte. Derzeit läuft die Sanierung des kontaminierten Untergrundes. Die Sanierung ist voraussichtlich Anfang 2006 abgeschlossen. Insgesamt sind bisher ca. 1,500.000 t Abfälle, aufgliedert in ca. 886.000 t Haus- und Gewerbeabfälle, ca. 44.000 t gefährliche Abfälle und ca. 570.000 t kontaminierter Untergrund, bei einer Räumungsleistung von ca. 2.800 t/Tag entfernt worden. Diese Räumungsleistung besagt, dass diese Menge pro Arbeitstag geborgen, untersucht, zwischengelagert, abtransportiert und entsorgt werden muss, was einen sehr hohen logistischen Aufwand, eine präzise Abstimmung der Räumungsleistungen mit den chemischen Zuordnen der Abfälle und ein auf diese Altlastensanierung ausgelegtes IT-System bedeutet. Auch hier sind bisher Bauzeit und Budget eingehalten worden.

„E-Abwicklung des Grundstücksverkehrs“ zwischen Notaren und Verwaltungsbehörden

Amtsmanager 2005: Bezirkshauptmann Dr. Heinz Pansi

Bezirkshauptmannschaft Hermagor in Kooperation mit Landes EDV und der Kärntner Notariatskammer, Hauptstrasse 44, 9620 Hermagor, 04282/2401-63790, heinz.pansi@ktn.gv.at

3. Hauptpreis 1.000 EURO; Kategorie Raumordnung

1. Problembeschreibung

Bisher wurden bei Rechtsgeschäften im Zusammenhang mit Grundstückskäufen insbesondere von der Wirtschaft (ua) bei den Notaren die bezughabenden Verträge erstellt und postalisch an die BH zur Genehmigung übermittelt. Nach durchgeführtem Prüfungsverfahren, Kostenvorschreibung, Anbringung des Genehmigungsvermerks bzw. Bescheiderlassung wurde der genehmigte Kaufvertrag wieder postalisch an den Notar retourniert und von diesem dem Grundbuch zur grundbücherlichen Eintragung vorgelegt.

2. Lösungsvorschlag

Dieser Prozess wird nunmehr völlig medienbruchfrei und digital, sowie unter Einbeziehung der „digitalen Signatur“ (Signaturserver), durchgeführt.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die Kaufverträge werden vom Notar erstellt und im Urkundenarchiv der Notare („Cyberdoc“) hinterlegt. Der Notar stellt auf der Homepage der BH-Hermagor mittels web-Formular den Antrag auf Genehmigung des Rechtsgeschäftes (Genehmigung, Negativbestätigung) und gibt zeitgleich den betreffenden Vertrag für die Grundverkehrsbehörde im „Cyberdoc“ frei und ermöglicht damit den Zugriff auf diesen Vertrag durch die Behörde. Diese führt das Ermittlungsverfahren durch und stellt den Genehmigungsbescheid bzw. die Negativbestätigung elektronisch signiert an den Notar zu. Die Kosten der Genehmigung werden via Einziehungsermächtigung elektronisch eingehoben.

Der Notar übernimmt sodann elektronisch beim Grundbuch die Verbücherung des Grundstückskaufes. Die Anbringung der E-Signatur erfolgt mittels Zertifikat der Fa. A-trust. Eine E-Signatur ist eine Art „Siegel der digitalen Daten“. Der Inhaber kann jederzeit identifiziert und die Unverfälschtheit der Daten festgestellt werden. Die zugesandten Daten können nicht unerkannt verändert werden (Authentizität). Sie entspricht den gesetzlichen Anforderungen an eine sichere E-Signatur.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Die medienbruchfreie Abwicklung eines Grundstückskaufes ist in erster Linie ein Zeitfaktor, der zu einer wesentlichen zeitlichen Verkürzung beim Grundstückskauf führt und (ua) damit auch eine Beschleunigung bei Betriebsansiedelungen bedeutet, was wiederum einen Standortvorteil für den Wirtschaftsstandort Österreich bringt.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Der Einsatz modernster Technologie (elektronische Signatur, Urkundenarchiv „Cyberdoc“, elektronische Zustellung) garantiert jedenfalls hohe Standards im Bereich E-Government und zeigt in seiner Anwendungsform zukünftige Potentiale auf!

Amtsmanager 2005: Mag. Christian Ecker, Univ.Do. Dr. Friedrich Klug, Dipl.-Ing. Christian Koch, Sabine Prieler, David Walpischeker

Magistrat Linz, Kontrollamt - Stadtrechnungshof - Informationstechnologie, Pfarrgasse 7, 4041 Linz, 0732/7070-1454, christian.ecker@mag.linz.at

3. Hauptpreis 1.000 EURO; Kategorie E-Government

1. Problembeschreibung

Für Medizinstudenten/innen der Universität Wien und der Universität Innsbruck ist es seit dem Jahr 2000 möglich, in Linzer Lehr-Krankenhäusern Praktika als Teil des Medizinstudiums zu absolvieren. Der Magistrat Linz hat hierfür die Koordinationsstelle Medizin mit finanzieller Mitunterstützung durch das Land Oberösterreich eingerichtet. Die Koordinationsstelle Medizin sorgt dafür, dass An- bzw. Abmeldungen für die in den Linzer Krankenhäusern angebotenen Praktika entgegengenommen und den Studierenden weitere Informationen zur Verfügung gestellt werden.

2. Lösungsvorschlag

Es wurde überlegt, eine eigene Homepage einzurichten. Darüber hinaus wäre es auch für Medizinstudierende aus Graz in der Zukunft jederzeit möglich - vorausgesetzt, dass geeignete Kooperationsverträge zustande kommen - mit diesem System sich für Medizinpraktika in Linzer Lehr-Krankenhäusern anzumelden.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Seit dem Wintersemester 2004/2005 ist es für Medizinstudierende der Universitäten Wien und Innsbruck unter www.medizinpraktika.at (Koordinationsstelle Medizin in Linz) möglich, sich zu den angebotenen Praktika in Linzer Krankenhäusern online anzumelden (vorherige einmalige Online-Registrierung durch die Studierenden notwendig).

4. Vorteile für den Unternehmer

Medizinstudierende von heute sind künftige Ärzte, die später teilweise auch als Selbständige tätig sein werden. Mit der Homepage der Koordinationsstelle Medizin unter www.medizinpraktika.at sehen die Studierenden jederzeit den Stand der aktuellen freien Plätze der angebotenen bzw. gewünschten Praktika (inkl. Wartelistenplätze) und können sich über Aufenthalt und Unterkunft in Linz und über die Krankenhäuser und deren Ansprechpersonen jederzeit - von wo auch immer - umfassend und schneller informieren. Ein weiterer Vorteil für die Studierenden liegt auch darin, dass durch zusätzlich in Linz absolvierte Medizinpraktika die Studienzeit verkürzt werden kann. Weitere Vorteile für die „Unternehmer“ Medizinuniversitäten und Lehr-Krankenhäuser ergeben sich durch praxisnahes „Bedside-Teaching“, Nachwuchs-Förderung und Nachwuchs-Auswahl sowie intensiveren Kontakt zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw.)

Durch Medizinpraktika erhöht sich der Wissensstandard in der Medizin. Es ergeben sich auch Verbesserungen in Hinblick auf Umweltschutz und Sicherheit. Studierende haben durch die Homepage weniger Wege im Zusammenhang mit den Praktikaanmeldungen. Zeitersparnisse können für andere Tätigkeiten sinnvoll genutzt werden kann.

Amtsmanager 2005

2. Hauptpreis

<p>Dialogprozess zur Umsetzung der EU-Natura 2000-Vorschriften</p>	<p>Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Naturschutzabteilung TBK - Büro für Ökologie und Landschaftsplanung, Wilhering</p> <p>Dr. Gottfried Schindlbauer Dipl.Ing. Dr. Harald Kutzenberger</p>	<p>1.500 € Kategorie Umweltschutz</p>	<p>Voestalpine Stahl GmbH</p> 
<p>Wiener Kanalpläne im Internet www.kanis.at</p>	<p>Magistrat der Stadt Wien - MA 30 - Wien Kanal</p> <p>Dipl.Ing. Dr. Christoph Esterhammer</p>	<p>1.500 € Kategorie Raumordnung</p>	<p>Porr AG</p> 
<p>Gewerblicher Kraftverkehr: Europäischer Dialog zwischen Vollzugsbehörden sowie Beförderungs- und Verladerwirtschaft zur Hebung der Verkehrssicherheit</p>	<p>Polizeihauptkommissar Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen/BRD</p> <p>Dipl.Verw. Karl-Heinz Rinkewitz</p>	<p>2.000 € Kategorie Verkehrsverwaltung</p>	<p>Uniqa Versicherungen AG</p> 
<p>Betriebsanlagentechnik-Informationssystem - BATIS Wissensmanagement im Amtssachverständigendienst Steiermark</p>	<p>Amt der Steiermärkischen Landesregierung - Abteilung FA 17A in Kooperation mit FA 17B, FA 17C, FA 19D, Bezirksbauleitung Hartberg und Bezirksbauleitung Bruck/Mur</p> <p>Dipl.Ing. Simone Skalicki (Projektleiterin) Hofrat Dipl.Ing. Norbert Perner</p>	<p>2.000 € Kategorie Anlagengen.</p>	<p>ARA AG</p> 
<p>Zentrale Weindatenbank www.wein-online.lebensministerium.at</p>	<p>Bundesministerium für Land- und, Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - Zentrale Weindatenbank</p> <p>Gertraud Schellnhammer Ferdinand Schmidt FOI Martina Pittner</p>	<p>1.500 € Kategorie E-Government</p>	<p>Telekom Austria</p> 
<p>Verwaltungsinnovationsmode II Bundeskellereinspektion</p>	<p>Bundeskellereinspektion</p> <p>Ing. Alfred Rosner Robert Kaiser</p>		

Amtsmanager 2005: Dr. Gottfried Schindlbauer, Dipl.Ing. Dr. Harald Kutzenberger

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Naturschutzabteilung; TBK - Büro für Ökologie und Landschaftsplanung, Wilhering, Promenade 33, 4021 Linz, 0732/7720-1887, u.post@ooe.gv.at

2. Hauptpreis 1.500 EURO; Kategorie Umweltschutz

1. Problembeschreibung

Die Umsetzung der engagierten EU-NATURA 2000-Vorgaben hat in Österreich und in ganz Europa bereits bei der Auswahl der NATURA 2000-Gebiete hohe Wellen geschlagen.

2. Lösungsvorschlag

Der OÖ Naturschutzabteilung hat ein europaweit wohl einzigartiges Modell entwickelt, mit den betroffenen Grundeigentümern, Gemeinde sowie Interessenvertretern bereits im Zeitpunkt der NATURA 2000-Gebietsauswahl abzuklären, was eine NATURA 2000-Ausweisung konkret für sie bedeutet.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Durch das oberösterreichische Dialog-Modell konnten Ängste und Vorurteile im Vorfeld abgebaut werden. In so genannten „Fachausschüssen“ wurde herausgearbeitet, welche konkreten Folgen mit einer NATURA 2000-Ausweisung verbunden sind. Dabei hat man die Ansprüche der zu schützenden Lebensräume und Arten den Ansprüchen der betroffenen Menschen gegenüber gestellt und in Form einer „Matrix“ ein so genanntes „Weißbuch“ (siehe auszugsweise in der Beilage) klar definiert, welche Nutzungen mit welchen NATURA 2000-Schutzgütern einen potentiellen Interessenkonflikt haben bzw. bei welchen Nutzungen ein solcher Interessenkonflikt von vornherein ausgeschlossen werden kann.

Als Pilotgebiet für diesen Dialogprozess diente das zwischenzeitig nominierte NATURA 2000-Gebiet „Waldaist-Naarn“. Die Vorgangsweise dieses Pilotprojektes wurde dann für die Auswahl aller weiteren NATURA 2000-Gebiete in OÖ übernommen.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Aufgrund der erarbeiteten Weißbücher sowie der Matrix Wirtschaft ist von vornherein bekannt, welche Tätigkeiten in oder am Rande eines NATURA 2000-Gebietes problemlos durchführbar sind bzw bei welchen Vorhaben eine Abklärung hinsichtlich der möglichen negativen Einwirkung auf ein NATURA 2000-Schutzgut gegeben nötig ist. Dies erspart Verwaltungsaufwand und schafft Rechtssicherheit.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Durch das Dialogverfahren vor einer Fixierung eines NATURA 2000-Gebietes wurden alle Betroffenen eingebunden und wissen jetzt, „wie sie dran sind“. Viele Ängste konnten ausgeräumt werden, was letztendlich eine wesentliche „Entkrampfung“ im Umgang zwischen Behörde und den Betroffenen geführt hat. Durch die Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der NATURA 2000-Schutzgüter konnte ein wesentlich besseres Verständnis für die zu schützenden Lebensräume und Arten bei der Bevölkerung vor Ort hergestellt werden.

Amtsmanager 2005: Dipl.Ing. Dr. Christoph Esterhammer,

Magistrat der Stadt Wien - MA 30 - Wien Kanal, Modecenterstrasse 14/Block C, 1030 Wien, 01/795 14-93052, c.esterhammer@wienkanal.at, e.genitheim@wienkanal.at

2. Hauptpreis 1.500 EURO; Kategorie Raumordnung

1. Problembeschreibung

KANIS unterstützt bereits seit Jahren planerische, bauliche, betriebliche aber auch wirtschaftliche Entscheidungen.

2. Lösungsvorschlag

Die Stadt Wien ermöglicht es als erste Stadt Internetbenutzern über www.KANIS.at rasch und unbürokratisch an digitale Daten des Wiener Kanalnetzen zu gelangen. KANIS ist das Kanalinformationssystem der Stadt Wien. Die MA 30 - Wien Kanal entwickelte dieses System zur systematischen, computerunterstützten Erfassung, Verwaltung und Darstellung aller Kanaldaten. Es wurde speziell auf die vielfältigen Anforderungen bei der Verwaltung des rund 2.300 km langen Wiener Kanalnetz abgestimmt.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Das System ist eine Eigenentwicklung der MA 30 - Wien Kanal und garantiert aufgrund der Verwendung von Standardsoftware (zB AutoCAD, MSAccess), die erforderliche Flexibilität bei der Integration verschiedener Datenbestände zu spezifischen Problemlösungen. Die Kanalabschnitte können durch den vollen Funktionsumfang von AutoCAD bei der Datenerfassung und -wartung in ihrem Verlauf sehr exakt erfasst und konstruiert werden.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

KANIS steht nunmehr sämtlichen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern über das Internet unter www.kanis.at zur Verfügung. Das System gibt gratis Auskunft über das Vorhandensein von Straßenkanälen im abgefragten Gebiet. „Häuselbauer“ und Bauschaffende können somit schnell und einfach über jeden PC mit Internetanbindung feststellen, ob ein Kanalanschluss in ihrer Straße oder der Straße des Auftraggebers vorhanden ist. Gegen geringes Entgelt können darüber hinaus bei Bedarf rund um die Uhr Kanallagepläne mit den Angaben (Länge, Profil, Gefälle, Geländehöhe, Sohlhöhe) digital im AutoCAD (dxf) oder ESRI (shp) - Format heruntergeladen und direkt in digitale Baupläne eingefügt werden. Die Download Kosten für einen Laufmeter Kanal betragen 1 Cent und sind über Kreditkarte zu bezahlen. Für große Anwender ergeben sich besonders günstige Konditionen über die angebotene Ablösung, bei der die Daten bezirksweise zur Verfügung stehen.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Bauschaffende ersparen sich somit den Weg in die Zentrale der MA 30 - Wien Kanal sowie in der Folge die händische Einarbeitung der Kanalpläne aus analogen Plankopien in ihr büroeigenes Planungsinstrument.

Gewerblicher Kraftverkehr: Europäischer Dialog zwischen Vollzugsbehörden sowie Beförderungs- und Verladerwirtschaft zur Hebung der Verkehrssicherheit

Amtsmanager 2005: Polizeihauptkommissar Dipl.Verw. Karl-Heinz Rinkewitz

Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen/BRD, Fachgruppe 2 - Fortbildungsfeld Verkehr, Egester Strasse 5, D-30974 Wennigsen, 0049/5103-707242, karl.rinkewitz@polizei.niedersachsen.de

2. Hauptpreis 2.000 EURO; Kategorie Verkehrsverwaltung

1. Problembeschreibung

Nationale und internationale Vorschriften, deren Einhaltung die Überwachungsorgane durch entsprechende Kontrollen gewährleisten müssen, sind zum Teil so schwierig in ihrer Handhabung, dass nur speziell fortgebildete Kontrollgruppen mit dieser Aufgabe betraut werden können. Eine effektive und effiziente Überwachung des Güterverkehrs und der gewerblichen Personenbeförderung ist somit nur durch Fachkräfte möglich, die sich einer spezialisierten, kontinuierlichen Fortbildung unterziehen, wobei in der Ausführung ihrer Aufgaben die Aspekte der Kriminalitätsbekämpfung einzubeziehen sind. Ungebührliche Transportunterbrechungen sowie unnötiger Kostenbelastungen aufgrund von Steh- und Wartezeiten oder Verlust der Termintreue könnten vermieden werden.

2. Lösungsvorschlag

Gegenwärtig widmen sich eine Vielzahl von Behörden, Verbänden und Organisationen Einzelaspekten der Prävention im Lagefeld „Güterverkehr“ bzw. „gewerbliche Personenbeförderung“. Aus diesem Grund ist daher unabdingbar, dass bezogen auf diese Zielgruppe Konzepte in den Bereichen Verkehrssicherheit und Kriminalitätsbekämpfung erarbeitet und europaweit abgestimmt werden. Gerade im Straßenverkehr werden die zunehmenden internationalen Verflechtungen deutlich. Mit „Dialog-Veranstaltungen“, die internationalen Partner an einen Tisch zu führen, kann die internationale, behördenübergreifende Zusammenarbeit verbessert werden.

3. Praktische Umsetzbarkeit

In einem Netzwerk für Sicherheit ist das Zusammenwirken aller Kräfte, ob Spediteur, Transporteur, Auftraggeber, Fachpersonal oder Fachbehörde erforderlich. Der Dialog zwischen Wirtschaft und Vollzug muss aufrechterhalten und da wo er noch nicht besteht, aufgenommen werden.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Die Kontrollorgane suchen durch speziell ausgebildete Spezialisten den Dialog mit der Wirtschaft. Auf dieser Grundlage ist es möglich, einheitliche und zeitlich verkürzte Kontrollen im EU-Bereich durchzuführen. Helfen statt Strafen ist für die Unternehmen der zielführendere Weg. Durch die int. Harmonisierung steigt die Effizienz der Kontrollen.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Geringe Personalressourcen müssen durch adäquate technische Ausrüstung ergänzt werden. Diese Forderung ist insbesondere vor dem Hintergrund der ins Haus stehenden Einführung des digitalen Tachographen als dringlich zu bezeichnen (Kontrollsoftware, Notebooks, Faxgeräte) für sach- und praxisgerechte Kontrollen.

Amtsmanager 2005: Dipl.Ing. Simone Skalicki, Hofrat Dipl.Ing. Norbert Perner

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung FA 17A in Kooperation mit FA 17B, FA 17C, FA 19D, Bezirksbauleitung Hartberg und Bezirksbauleitung Bruck/Mur, Mandellstrasse 38, 8010 Graz, 0316/877-4120, simone.skalicki@stmk.gv.at

2. Hauptpreis 2.000 EURO; Kategorie Anlagengenehmigungen

1. Problembeschreibung

Bei gewerblichen Betriebsanlagengenehmigungsverfahren werden bei der Beurteilung komplexer Sachverhalte unterschiedlichste Fachbereiche angesprochen. Einerseits werden dabei an Projektanten und Betreiber solcher Anlagen besondere Anforderungen an die Aufbereitung der für die Beurteilung notwendigen Informationen und Unterlagen gestellt, andererseits werden aber auch den im Verfahren beteiligten Behörden und beigezogenen Sachverständigen umfangreiche fachtechnische Kenntnisse abverlangt.

2. Lösungsvorschlag

Als Hilfsinstrument zur Festlegung standardisierter Einreichunterlagen sowie zur Gewährleistung der erforderlichen fachtechnischen Kompetenzen im Rahmen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurde daher für eine Reihe spezieller Betriebsanlagenarten sowie spezieller Betriebsanlagenelemente ein in Modulen klar strukturiertes Betriebsanlagentechnik-Informationssystem (BATIS) entwickelt (E-Darstellung wesentlicher technischer Anforderungen auf Basis der jeweils geltenden Rechtslage).

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die Umsetzung (im Intranet) erfolgt in Form dynamisch generierter Seiten über ein spezielles Datenbanksystem. Aufbereitung und Wartung der Daten in den einzelnen Fachdisziplinen liegen in den Händen spezialisierter Redakteure. Durch diese grundlegende Wissensaufbereitung erfolgt insbesondere eine Entlastung jener dezentralisierten Dienststellen, die mit komplexen Betriebsanlagengenehmigungsverfahren laufend befasst sind. Derzeit werden auch die Weichen für eine darauf aufbauende, externe Informationsplattform für Unternehmer gestellt.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Die Darstellung der relevanten technischen Anforderungen in ihrem rechtlichen Umfeld führt zu systematischen und strukturierten Vorgehensweisen bei der Beurteilung durch Sachverständige. Die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz von Ergebnissen steigt.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Mit BATIS wird ein zukunftsweisender Weg zur Vereinheitlichung von Anforderungskriterien an Projektsunterlagen und zur systematisierten Beurteilungspraxis durch Amtssachverständige beschritten, sodass neben der Vermittlung von Fachwissen die Basis für eine einheitliche Projektabwicklung im Rahmen behördlicher Genehmigungsverfahren gebildet wird, die effizient, transparent und nachvollziehbar ist und eine höchstmögliche erreichbare Qualität und fachliche Sicherheit bei der Begutachtung gewährleistet.

Liste der Projektteilnehmer bzw Mitglieder des BATIS-Redaktionsteams
aus sechs Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung

Dipl.Ing. Simone Skalicki (Projektleiterin)
Hofrat Dipl.Ing. Norbert Perner

Dipl.Ing. Karl Amtmann
Dipl.-Ing. Robert Brandner
Dipl.Ing. Adolf Gaich
Dipl.-Ing. Alfred Hammler
HR Dipl.-Ing. Dr. Wilhelm Himmel
Dipl.-Ing. Dr. Heinz Lackner
Dr. Helmut Lothaller
Dipl.-Ing. Gerd Melchior
Dipl.Ing. Gerda Missoni
Dr. Thomas Pongratz
Klaus Przesdzing
Dipl.-Ing. Josef Richter-Trummer
Dipl.Ing. Richard Riedelsberger
Dipl.-Ing. Dr. Franz Schabkar
Dipl.Ing. Dr. Bernhard Schaffernak
Dipl.-Ing. Michael Schubert
HR Dr. Gerhard Semmelrock
Dipl.Ing. Ernst Simon
Dipl.-Ing. Otto Simoner
Dipl.Ing. Dieter Thyr
Dipl.Ing. Georg Topf
Ing. Fritz Wagner
Dipl.-Ing. Alfred Weber

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung FA 17A in Kooperation mit FA 17B,
FA 17C, FA 19D, Bezirksbauleitung Hartberg und Bezirksbauleitung Bruck/Mur,

Amtsmanager 2005: Gertraud Schellhammer, Ferdinand Schmidt, FOI Martina Pittner, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung III8, Stubenring 12, 1010 Wien, 01/71 100-2834, gertraud.schellhammer@bmlfuw.gv.at, ferdinand.schmidt@bmlfuw.gv.at;

Amtsmanager 2005: Ing. Alfred Rosner, Robert Kaiser
Bundeskellereiinspektion, Marxergasse 2, 1030 Wien, 01/718 56 63, bki.wien@aon.at

2. Hauptpreis 1.500 EURO; Kategorie E-Government

I. Verwaltungsinnovationsmodell Bundeskellereiinspektion

1. Problembeschreibung

Die Bundeskellereiinspektion ist für die Kontrolle der Einhaltung des Weingesetzes zuständig. Die Tätigkeiten unterliegen einem saisonal stark abhängigen Anfall von Mehrleistungszeiten. Hier war zu überdenken, dass einerseits für die anfallenden Tätigkeiten zeitliche Freiräume zu schaffen waren, andererseits die Mitarbeiter in ihrer Lebensqualität keine Einbußen erleiden sollten.

2. Lösungsvorschlag

Durch die Schaffung eines Jahresarbeitszeitmodells - wie das Innovationsmodell - Bundeskellereiinspektion - welches die Komponenten Dienstzeitflexibilisierung, Teleworking, Einsatz neuer Kontrollstrukturen, ständige Rufbereitschaft und Verwaltungsabbau umfassen, gelang es, diese Problemstellung zu meistern.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Es wird dann Dienst versehen, wenn es der Arbeitsanfall erfordert, losgelöst von starren Dienstzeiten im Dienste der Sache und es werden Freiräume geschaffen für die Mitarbeiter. Dies alles verbunden mit Bürokratieabbau im laufenden Verwaltungsablauf, einer Vereinfachung des Berichtswesens und Pauschalierung von Entgeltzahlungen. Die Strategie dieses Modells stellt eine starke Mitarbeitereinbindung in die Entscheidungsprozesse zum Vorteil für die Kunden dar ua ausgedrückt durch die ständige Rufbereitschaft bei Fragen bzw Problemstellungen.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Dem Unternehmen brachte dies eine Leistungssteigerung von 20 % im Gleichklang mit einer Kostensenkung von ebenfalls 20 %. Dieses Modell bringt dem Mitarbeiter einen Gewinn an Lebensqualität durch die freie Entscheidungsgewalt und freie Zeiteinteilung verbunden mit einem Motivationsschub zum Vorteil des Unternehmens.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Durch die Schaffung von Zeitressourcen machte dieses Modell es möglich, Kompetenzen aus anderen Verwaltungseinheiten zu übernehmen und diese sparsamer abzuwickeln. Die Verknüpfung zur Gesamtdatenbank Wein im Bundesministerium für Land- u. Forstwirtschaft Umwelt und Wasserwirtschaft war der letzte Schritt um vorhandenes Datenmaterial effizient in den Prüfungsablauf einfließen zu lassen.

II. Zentrale Datenbank Wein

1. Problembeschreibung

Bei der Administration von im Weinbausektor anfallenden Meldungen und Daten, die im Rahmen des Weingesetzes (Kompetenzbereich des Bundes) und der Weinbaugesetze der Länder erhoben werden, bestanden Doppelgleisigkeiten betreffend Datenerfassung. Diese betrafen Erntemeldungen, Bestandsmeldungen, Transportscheine (Begleitpapiere), Staatliche Prüfnummern, Mostwägerbestätigungen, Banderolenmeldungen usw.

2. Lösungsvorschlag

Mit der Errichtung einer Zentralen Datenbank Wein, in der alle Meldungen durch genau definierte Benutzergruppen eingebracht und abgefragt werden können, kann bürokratischer Aufwand beseitigt werden. Das Internet als Technologie bietet durch Schnittstellen den Benutzergruppen die notwendige Flexibilität und ist in der Bedienung komfortabel.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Durch die zentrale Erfassung aller Daten auf Bundesebene haben alle Beteiligten Zugriff (Bundeskellereiinspektion, Bundesamt für Weinbau, Bezirksverwaltungsbehörden, Gemeinden). Die Zentrale Datenbank Wein wird derzeit außerdem von mehr als 1000 Teilnehmern, dh Weinhändlern und Produzenten genutzt. Davon ist etwa jeder Fünfte ein Weinhändler. Die Zuspruchsrate ist stark steigend.

Auf Landesebene (bzw in den Bezirksverwaltungsstellen) entfielen Tätigkeiten und Planstellen, die für andere Aufgaben herangezogen werden können. Auf Bundesebene entstand kein Mehraufwand aufgrund des Reformprojekts.

2004 wurde zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, Anträge auf Erteilung einer staatlichen Prüfnummer für Qualitätswein online zu stellen. Dadurch ergibt sich eine wesentliche Beschleunigung im Bescheidverfahren.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)




Folgende Effekte sind erkennbar: Verwaltungsvereinfachung und Einsparung von Behördenwegen für Unternehmer und Produzenten, Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für die Erteilung staatlicher Prüfnummern, Verbesserung der Service- und Beratungsleistungen für die Weinproduzenten und -händler, Zusammenführung aller Betriebsdaten für die Weinkontrolle.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Durch die Online-Abgabe von Ernte-, Bestandsmeldung und Antrag auf Erteilung einer Staatlichen Prüfnummer durch Weinbau- und Weinhandelsbetriebe entfallen Anfahrtswege für Händler, Produzenten und Behördenmitarbeiter. Die Datensicherheit erhöht sich aufgrund der Zugriffsrechte für die beteiligten Stellen (BKI; Bundesamt für Weinbau, Bezirksverwaltungsbehörde, Gemeinden). Die Internetanwendung stellt ein hohes Sicherheitskonzept mit einheitlichem Benutzerkomfort dar.



Amtsmanager 2005

1. Hauptpreis

<p>Impulsprogramm „Nachhaltig Wirtschaften“ Haus der Zukunft, Fabrik der Zukunft, Energiesysteme der Zukunft www. nachhaltigWirtschaften.at</p> <p>„Musterprogramme für nachhaltige Technologien“</p>	<p>Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie Bereich Innovation - Energie- und Umwelttechnologie</p> <p>Dipl.Ing. Michael Paula</p> <p>FFG - Forschungsförderung Wirtschaft</p> <p>Dipl.Ing. Peter Baumhauer</p>	<p>2.000 € Kategorie Umweltschutz</p>	<p>Coca Cola GmbH</p> 
<p>www.geoland.at Geodatenverbund der österreichischen Bundesländer</p> <p>„Geodatenverbund online“</p>	<p>Bundeskanzlerarbeitskreis der 9 Ämter der Landesregierungen</p> <p>HR Mag. Thomas Ebert (Projektleiter) Dr. Michael Haupolter Mag. Wolfgang Jörg Dipl.Ing. Oswald Mörth Dipl.Ing. Jürgen Oberreißl MMag.Karin Philipp Gerhard Tozzi Dipl.Ing. Thomas Piechl Mag. Christian Resch Dipl.Ing. Thomas Zalka</p>	<p>2.000 € Kategorie Raumordnung</p>	<p>ONB</p>  <p>OESTERREICHISCHE NATIONALBANK Stabilität und Sicherheit.</p>
<p>Gefahrguttransporte: Sicherheitsverfahren beim Umschlag von Flüssiggas von der Schiene auf die Straße</p> <p>„Sicherer Flüssiggastransport“</p>	<p>ÖVFG - Österreichischer Verband für Flüssiggas</p> <p>Gf Friedrich Ofner</p>	<p>2.000 € Kategorie Verkehrs- verwaltung</p>	<p>OMV AG</p>
<p>Leitfaden für Biogasanlagen</p> <p>„Investorenservice für Biogasanlagen“</p>	<p>Amt der Niederösterreichischen Landesregierung Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht</p> <p>HR Dr. Josef Muttenthaler</p>	<p>2.000 € Kategorie Energie- verwaltung</p>	<p>KWI AG</p> 

Amtsmanager 2005

1. Hauptpreis

<p>UVP-Verfahren "Linz 2010" der Voest Alpine Stahl GmbH</p>	<p>Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Umweltrechtsabteilung</p> <p>HR Dr. Dieter Goppold HR Mag. Hubert Reichl</p>	<p>2.000 € Kategorie Anlagengen.</p>	<p>Bank Austria</p> 
<p>e-Recht Workflow-System www.parlament.gv.at BGBl-Kundmachung per Internet www.ris.bka.gv.at</p> <p>„Per Mausklick zum Gesetz“</p>	<p>Parlament Kompetenzzentrum e-Recht</p> <p>Dr. Wolfgang Engeljehringner Dr. Erich Saurugger Dipl.Ing. Manfred Jakober Dr. Susanne Bachmann Veronika Eigner Hans Hopf Dr. Susanne Janistyn Mag. Dunja Kopesky Dr. Ingrid Moser Mag. Martin Peyerl</p> <p>Bundeskanzleramt IKT-Zentrum</p> <p>Mag. Brigitte Barotanyi Ing. Roland Ledinger SC Dr. Manfred Matzka Roman Sigmund</p>	<p>2.000 € Kategorie E-Government</p>	<p>Compass Verlag</p>  <p>Information für Ihren Vorteil</p>

Amtsmanager 2005: Dipl.Ing. Michael Paula, Dipl.Ing. Peter Baumhauer

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie - Bereich Innovation - Energie und Umwelttechnologie, 1010 Renngasse 5, 01/53464-29140, michael.paula@bmvit.gv.at; FFG - Forschungsförderung Wirtschaft, Kärntnerstraße 21-23, 1010 Wien, 01/ 05 77 55, peter.baumhauer@ffg.at

1. Hauptpreis 2.000 EURO; Kategorie Umweltschutz

1. Problembeschreibung

Ambitionierte Forschung und gleichzeitige Umsetzungsorientiertheit sind Voraussetzungen, um mit Nachhaltigkeits-Innovationen neue Chancen für die Wirtschaft zu eröffnen. Deutliche Innovations- bzw. Technologiesprünge sollen die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe verbessern.

2. Lösungsvorschlag

Um durch Forschung und Entwicklung im Bereich zukunftsfähiger Technologien und Lösungen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig Umwelt- und Lebensbedingungen zu verbessern, wurde vom BMVIT das Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften initiiert.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Das Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften wurde 1999 mit der Programmlinie „Haus der Zukunft“ begonnen. Im Jahr 2000 folgte der Start der Programmlinie „Fabrik der Zukunft“ und 2003 wurde die erste Ausschreibung zu der Programmlinie „Energiesysteme der Zukunft“ durchgeführt. Insgesamt wurden bis jetzt in acht Ausschreibungen mehr als 250 Projekte initiiert und damit erste Erfolge hin bis zu richtungsweisenden Demonstrationsprojekten erreicht.

Die Programmlinie "Haus der Zukunft" baut auf wichtigen Entwicklungen im Bereich des solaren und energieeffizienten Bauens mit ökologischen Baustoffen auf (145 Projekte finanziert). Ziel der Programmlinie "Fabrik der Zukunft" sind innovative Produktionsprozesse, nachwachsende Rohstoffe und neue Produkt(nutzungs)konzepte (88 Projekte finanziert). "Energiesysteme der Zukunft" zielen ua auf geringeren Ressourcenverbrauch, Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energieträger ab.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Aufgrund der Kooperation mit Forschungszentren zur Entwicklung nachhaltiger Technologien können Unternehmen rechtzeitig Marktentwicklungen berücksichtigen, weil diese über einen einfachen und raschen Zugang zu neuen Forschungsergebnissen verfügen.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Die Vorteile für die Umwelt ergeben sich aus den Zielsetzungen der Technologieprogramme NachhaltigWirtschaften wie Zero-Waste, Passivgebäude, Energieeffizienz, multifunktionale Energiezentren oder Industrierohstoffe aus nachwachsenden Ressourcen. Für die Umwelt bedeutet dies idR eine stärkere Entlastung als bei bürokratischen Kontrollmechanismen.

Amtsmanager 2005: Arbeitskreis der 9 Ämter der Landesregierungen

Projektleitung HR Mag. Thomas Ebert, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Geoinformation, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, 0732/7720-12606, thomas.ebert@ooe.gv.at

1. Hauptpreis 2.000 EURO; Kategorie Raumordnung

1. Problembeschreibung

Mehr als 80 % aller Entscheidungen in Wirtschaft und Verwaltung haben einen räumlichen Bezug. Daher haben alle österreichischen Bundesländer schon vor mehr als 10 Jahren begonnen, sog "Geographische Informationssysteme (GIS)" in ihren Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen aufzubauen. Die interaktiven "Landkarten-Dienste" der Länder im Internet waren bislang jedoch nur auf das jeweilige Bundesland bezogen.

2. Lösungsvorschlag

Oberstes Ziel der Länder war es, nicht nur einen offenen und freien österreichweiten Zugriff auf Geodaten und Services der Bundesländer zu ermöglichen, sondern auch internationale Standards und Entwicklungen zu berücksichtigen, um eine Einbindung in die Geoportale der Nachbarländer bzw. der EU zu garantieren (LH-Konferenzbeschluss 2003).

Die Daten verbleiben dabei im Sinne eines gelebten Föderalismus wie bisher auf den Geodatenservern der Länder, wo sie weiterhin auch laufend gepflegt werden und damit die Aktualität gesichert ist. Der Geodatenverbund der Länder stellt damit auch eine wichtige Grundlage bzw. Vorstufe für darauf aufbauende E-Governmentlösungen dar.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Der Benutzer kann somit kostenlos mit Hilfe eines einfachen Webbrowsers bundeslandübergreifend Geo-Daten abfragen, visualisieren und ausdrucken, ohne über spezielle Software-Kenntnisse zu verfügen und ohne selbst ein GIS-System (Hardware, Software, Daten, etc.) betreiben zu müssen.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Geoland.at bringt eine wesentliche Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten von Geodaten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung mit sich bringen. Für Planer bedeutet dies Zeit- und Kostenersparnisse, weil mühsame Recherchen verkürzt werden.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Generell steigt durch die Verfügbarkeit solcher Systeme die Planungsqualität (Raumplanung, Naturschutz, Wasserwirtschaft etc). Die Interaktionsmöglichkeiten des Geodatenviewers erlauben das Erstellen von individuellen, benutzerdefinierten Karten. Sehr großer Nutzen besteht im Katastrophenfall, da durch eine länderübergreifende Sicht im Basismodul zumindest die katastrophenschutzrelevanten Einrichtungen auffindbar sind. Im Hinblick auf die politische Zielsetzung, die Bezirksverwaltungsbehörden zu Bürger-Zentren auszubauen, wird es auch weiterhin notwendig sein, diese mit allen wichtigen Informationen zu versorgen (Servicefunktion). Nachdem Gewerbe-, Bau-, Wasser-, Natur-, Umwelt-, Straßenrecht u. a. zumeist Raumbezug haben, ist GIS das adäquate Mittel, diese Inhalte aktuell und verlässlich zu vermitteln.

Liste der Projektteilnehmer des Arbeitskreises der 9 Ämter der Landesregierungen

HR Mag. Thomas Ebert (Projektleiter)
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Dr. Michael Haupolter
Amt der Tiroler Landesregierung
Mag. Wolfgang Jörg
Magistrat der Stadt Wien - MA 14
Dipl.Ing. Oswald Mörth
Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Dipl.Ing. Jürgen Oberreißl
Amt der Vorarlberger Landesregierung
MMag.Karin Philipp
Gerhard Tozzi
Amt der Salzburger Landesregierung
Dipl.Ing. Thomas Piechl
Amt der Kärntner Landesregierung
Mag. Christian Resch
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Dipl.Ing. Thomas Zalka
Amt der Burgenländischen Landesregierung

Gefahrguttransporte: Sicherheitsverfahren beim Umschlag von Flüssiggas von der Schiene auf die Straße

Amtsmanager 2005: Friedrich Ofner, Geschäftsführer

Österreichischer Verband für Flüssiggas, Kulstrunkstraße 22, 5026 Salzburg, 0662 64 20 64, friedrich.ofner@aon.at

1. Hauptpreis 2.000 EURO, Kategorie Verkehrsverwaltung

1. Problembeschreibung

Das Umfüllen von entzündbaren Flüssiggasen aus Eisenbahnkesselwagen in Straßentankwagen auf Bahnhöfen ist möglich und wird derzeit auch von den Flüssiggasunternehmen durchgeführt. Dafür gibt es jedoch keine einheitliche Richtlinie, die alle EU-Übereinkommen, Österreichischen Gesetze, Verordnungen, Normen und Erlässe berücksichtigt, bzw. zusammenfasst.

2. Lösungsvorschlag

Auf Initiative des Österreichischen Verbandes für Flüssiggas (ÖVFG) wurde gemeinsam mit dem BMVIT, der ÖBB sowie Fachleuten aus der Branche eine Arbeitsgruppe gebildet mit dem Ziel eine Richtlinie für diesen Arbeitsablauf auszuarbeiten und diese Richtlinie durch die Erstprüfstelle TÜV-Österreich prüfen zu lassen und die Zertifizierung des Umfüllprozesses zu beantragen und durchzuführen.

3. praktische Umsetzbarkeit

ÖBB-Infrastruktur stellt den Flüssiggasunternehmen entsprechende Umfüllplätze auf Bahnhöfen zur Verfügung, an denen das Umfüllen von Flüssiggas bei Anwendung der in den Umfüllrichtlinien festgelegten Sicherheitsmaßnahmen möglich ist. Die Einhaltung der Umfüll-Richtlinien (TÜV-Zertifizierung) bildet die Basis für die Berechtigung des Umfüllens für die Vereinbarung zwischen ÖBB und Flüssiggasunternehmen.

Die Umfüllrichtlinien wurden von allen Flüssiggasunternehmen angenommen und die Anforderungen umgesetzt. Die Erstprüfstelle TÜV-Österreich wurde beauftragt den Umfüllprozess entsprechend zu überprüfen und die Erfüllung aller Anforderungen durch ein ZERTIFIKAT bestätigt.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Durch die freiwillige Umsetzung und Zertifizierung verfügen nun alle Unternehmen nach dem neuesten Stand der Technik entsprechende Ausrüstungen und Umfüllverfahren. Damit wird der steigenden Bedeutung von Flüssiggas als umweltfreundlicher Energieträger noch ein wesentliches Ziel der Flüssiggaswirtschaft wie Umweltschutz und Sicherheit hinzugefügt.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Der erreichte hohe Standard soll entsprechend dem TÜV-Zertifikat durch Überprüfung der Daten, sowie die Befüllung vornehmenden Personen und Fahrzeugen halbjährlich überprüft werden. Dem Sicherheitsbedürfnis wird damit besser als bei bürokratischen Instrumenten Rechnung getragen.

Amtsmanager 2005: Hofrat Dr. Josef Muttenthaler

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung - Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, 02742/ 9005 14500,
josef.muttenthaler@noel.gv.at

1. Hauptpreis 2.000 EURO, Kategorie Energieverwaltung

1. Problembeschreibung

Die EU-Richtlinie „Erneuerbare Energie“ verpflichtet Österreich den Anteil der Erzeugung von elektrischer Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger derart zu erhöhen, dass im Jahr 2010 ein Zielwert von 78,1 % erreicht wird.

2. Lösungsvorschlag

Das Ökostromgesetz sieht in Umsetzung dieser Richtlinie vor, dass bis zum Jahr 2008 Strom im Mindestausmaß von 4 % aus erneuerbaren Energieträgern (ausgenommen Wasserkraft) bereitgestellt werden soll. NÖ hat sich vorgenommen, zumindest 1 % Ökostrom, bezogen auf den NÖ Verbrauch, durch Vergärung landwirtschaftlicher Gülle und nachwachsender Rohstoffe zu erzeugen.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Durch die Neuartigkeit der Materie war es für die Antragsteller oft schwer, festzustellen, welche gesetzlichen Grundlagen zu beachten sind und welche Förderungen in Anspruch genommen werden können. Um den Zugang zu den Behörden zu erleichtern, wurde ein Service für Investoren „Leitfaden für Biogasanlagen“ ausgearbeitet, in welchem

- die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen,
- die unterschiedlichen Bewilligungsverfahren und Einreichunterlagen
- die Voraussetzungen für die Anerkennung als Ökostromanlage
- die möglichen Förderungen (Einspeisetarife, Investitionsförderung) sowie
- die Ansprechstellen (Behörden, Beratungsstellen)

dargestellt sind.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Mit Hilfe dieses Leitfadens konnte eine wesentliche Beschleunigung der Verfahren erreicht werden, wodurch sowohl der Aufwand der Behörden als auch die Kosten für die Antragsteller und Planer reduziert werden konnten.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Durch diesen Leitfaden wird es gelingen, die Zielsetzung von 1 % Ökostrom aus umweltfreundlichen Biogasanlagen zu erreichen. Der Leitfaden brachte auch eine Vereinheitlichung der Umwelt- und Sicherheitsstandards. 32 Anlagen sind in Betrieb und 17 Anlagen befinden sich in der Bauphase. Etwa weitere 30 Anlagen sind genehmigt.

UVP-Verfahren „Linz 2010“ der Voest Alpine Stahl GmbH

Amtsmanager 2005: Hofrat Dr. Dieter Goppold, Hofrat Mag. Hubert Reichl

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Umweltrechtsabteilung,
Christian-Coulin-Straße 15, 4020 Linz, 0732/7720-1310, ur.post@ooe.gv.at,

1. Hauptpreis 2.000 EURO; Kategorie Anlagengenehmigung

1. Problembeschreibung

Zur strategischen Absicherung des Standortes Linz war es für die voestalpine Stahl Linz GmbH erforderlich, die Roheisenkapazitäten und damit einhergehend die Stahlproduktion entsprechend zu erhöhen. Das Investitionsvolumen des Projektes „Linz 2010“ beträgt rund 2 Milliarden Euro.

2. Lösungsvorschlag

Die Umweltverträglichkeitsprüfung bestand vereinfacht ausgedrückt aus drei Stufen. Optimiertes Verfahrensmanagement sollte die effiziente Verfahrensabwicklung gewährleisten.

Stufe 1: Sinteranlage, Hochofen A, Stahlwerk, Warmwalzwerk, Kraftwerk

Für diese Aggregate wurde durch die UVP-Behörde eine „Vollgenehmigung“ ausgesprochen. Es handelt sich dabei um insgesamt 77 Detailprojekte, die bislang von der Gewerbebehörde in I. Instanz mit rund 1700 Einzelbescheiden genehmigt worden waren.

Stufe 2a: Grundsatzgenehmigung für diverse, erst später zu realisierende Modifikationen und Änderungen am Stahlwerk.

Stufe 2b: Es handelt sich dabei um „Veredelungsanlagen“ wie weitere Feuerverzinkungsanlagen, Bandbeschichtungsanlagen, etc, für die zwar keine Genehmigung ausgesprochen wurde, deren Emissionen jedoch bereits jetzt berücksichtigt wurden.

Zusätzlich wurde die Grundsatzgenehmigung für den Einsatz von definierten Altkunststoffen im Hochofen A, vorerst beschränkt auf 30.000 t/Jahr, erteilt.

Die Problematik lag einerseits in der hohen technischen Komplexität und im Projektumfang, welche die Beiziehung von 25 Fachgutachtern erforderlich machten, andererseits in der bereits angespannten Luftsituation im Raum Linz. Normalerweise führen Erweiterungen von Großindustrieanlagen zu Emissionssteigerungen. Von Anfang an war klar, dass weder eine Verschlechterung der Emissions- bzw. Immissions-situation im Großraum Linz erfolgen dürfe.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die voestalpine Stahl Linz GmbH wurde mit dieser Vorgabe (keinesfalls Immissions- bzw. Emissionsverschlechterungen) zeitgerecht konfrontiert, sodass die gesamte Planung auf Emissionsreduktionen gerichtet und konzentriert war. Dort, wo die allgemeine Datenlage - insbesondere auch bei Staub und PM 10 - unsicher war, wurde gemeinsam mit der voestalpine, den Fachgutachtern, der Behörde und dem Umweltschutz ein Programm

erarbeitet, das mittelfristig den Emissionsanteil der voestalpine an den Linzer Staub- bzw. PM 10-Immissionen fixieren soll.

Die Verfahrensabwicklung wurde transparent und offen gestaltet. 500 Einwendungen wurden gegen das Projekt erhoben. Die Voestalpine finanzierte der „Bürgerpartei“ ein eigenes Gutachterteam, um mit den Behördengutachtern auf gleicher fachlicher Ebene kommunizieren zu können.

Der Komplexität der Materie versuchte man insofern Herr zu werden, als die weniger problematischen Fachgebiete „Bautechnik, Gewerbeteknik, Raumordnung, Verkehrskonzepte, Lärm, etc“ vorweg verhandelt wurden. So gelang es, weit über 70 Detailanlagen in weniger als 7 Stunden zu verhandeln.

Problematisch war insbesondere die Luftemissionssituation, die es erforderlich machte Kleingruppenlösungsansätze zu finden und zu vereinbaren. Bevor die abschließende Verhandlung am 16./17. Dezember 2003 (Verhandlungsdauer vom 16. Dezember 9.00 Uhr bis 17. Dezember 5.45 Uhr) eröffnet wurde, waren die entsprechenden Lösungsansätze bereits vorhanden. Sie mussten in der Verhandlung jedoch noch präzisiert und konkretisiert werden und wurden letztendlich in der Verhandlungsschrift von allen Beteiligten unterzeichnet und fand diese Übereinkunft auch Verbindlichkeit im Bescheid.

Eine weitere Herausforderung war die Bescheiderstellung selbst, da die Voestalpine jedenfalls am 1. März 2004 den erstinstanzlichen Bescheid haben musste, um nicht schwerwiegenden unternehmerischen Nachteilen ausgesetzt zu sein. Aus diesem Grund mussten die 25 Fachgutachten, weit über 1000 Seiten Verhandlungsschrift und mehrere 1000 Projektseiten innerhalb von 2 Monaten in den nunmehr rechtskräftigen UVP-Genehmigungsbescheid der Voestalpine Stahl eingearbeitet werden. Bereits jetzt arbeiten die Behörden an den Abnahmeprüfungsverfahren und werden nach Abschluss aller Abnahmen für die bestehenden Anlagen der Voestalpine lediglich 5 Bescheide zu vollziehen haben, die die derzeit noch existierenden rund 1700 Bescheide ersetzen werden. Dies stellt sowohl eine ganz erhebliche Verwaltungsvereinfachung für die Behörde, aber auch für die Voestalpine selbst dar.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Durch die geplante Investition für das Projekt „Linz 2010“ wird der Standort Linz und somit das Unternehmen selbst nachhaltig gestärkt und ist auf die Erfordernisse der nächsten Zukunft bestens vorbereitet. Die erforderliche Kapazitätssteigerung von rund 1 Million Tonnen Roheisen pro Jahr geht einher mit einer gewaltigen Entlastung bei den Emissionen. So gelang es die Feinstaubemissionen der Voestalpine um mehr als 50 % zu verringern. Verwaltungsvereinfachend muss sich für die Behörden, aber auch für die Voestalpine die Reduzierung der Bescheidflut auswirken, da sowohl für uns aber auch für die Voestalpine Transparenz und Übersichtlichkeit geschaffen werden konnten.

5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Das Projekt „Linz 2010“ kann somit als eine Industrieinvestition bzw -erweiterung mit positiven Umweltauswirkungen betrachtet werden, wobei dieser Erfolg viele Väter, und Mütter hat. Im Vordergrund stand aber die Genehmigungsbehörde, deren Entscheidung letztlich bei allen 500 Einwendern Akzeptanz fand.

Amtsmanager 2005: Dr. Wolfgang ENGELJEHRINGER, Dr. Erich SAURUGGER
Dipl.Ing. Manfred JAKOBER, Dr. Susanne BACHMANN, Veronika EIGNER, Hans HOPF, Dr.
Susanne JANISTYN, Mag. Dunja KOPEŠKY, Dr. Ingrid MOSER, Mag. Martin PEYERL; Mag.
Brigitte BAROTANYI, Ing. Roland LEDINGER, SC Dr. Manfred MATZKA, Roman SIGMUND;.

Parlament KC eRecht, A-1017 Wien, Dr. Karl Renner-Ring 3, 01/40110-2719
Bundeskanzleramt IKT-Zentrum, A-1014 Wien, Ballhausplatz 2, 01/53 115-4222
wolfgang.engeljehringer@parlament.gv.at oder brigitte.barotanyi@bka.gv.at

1. Hauptpreis, 2000 EURO, Kategorie E-Government

1. Problembeschreibung

Aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung wurde das Rechtserzeugungsverfahren neu gestaltet und das Projekt eRecht gestartet. Die Grundkonzeption liegt darin, dass von der Begutachtung einer Rechtsvorschrift bis zur authentischen (Internet-) Kundmachung dieser Rechtsvorschrift ein durchgehender elektronischer Produktionsweg eingerichtet wird.

2. Lösungsvorschlag

Die Erlassung von Bundesgesetzen wird in Österreich durch ein elektronisches Verfahren - ein als e-Recht bezeichnetes Workflow-System - unterstützt. Alle Bundesministerien sind eingebunden. Es umfasst die elektronische Erzeugung und Übermittlung aller Gesetzestexte des Bundes: vom Ministerialentwurf über die Regierungsvorlage, die parlamentarische Bearbeitung und Beschlussfassung bis hin zur authentischen elektronischen Kundmachung des BGBl im Internet. Der Datenaustausch zwischen dem Regierungs- und dem Parlamentssystem erfolgt über eine gemeinsame E-Schnittstelle.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die praktische Umsetzung ist erfolgt, sogar das Budget 2005 konnte erstmalig in den Workflow eingebracht werden. Bereits 330 Beschlüsse des Nationalrates und des Bundesrates betreffend Gesetzesmaterien und Staatsverträge wurden im e-Recht erstellt. Seit Dezember 2003 wird durchgehend 100 Prozent e-Recht erreicht. Der hohe Qualitätsanspruch bei parlamentarischen Materialien konnte beibehalten werden. Seit 1. Jänner 2004 kann somit die rechtsverbindliche Kundmachung des Bundesgesetzblattes durch das BKA ausschließlich im Internet erfolgen.

4. Vorteile für den Unternehmer (zB Bürokratieabbau, Kostenersparnisse)

Alle Regierungsvorlagen, Ausschussberichte und Beschlüsse des Nationalrates sowie des Bundesrates werden auf der Parlaments-Homepage umgehend im Internet unter www.parlament.gv.at zur Verfügung gestellt, ebenso wie vom BKA die Bundesgesetzblätter unter www.ris.bka.gv.at. Der Zeitgewinn für Unternehmer, Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete usw ist enorm (aus Wochen wurden Tage oder gar nur Stunden). Die Erläuterungen zu einem neuen Gesetzestext stehen rasch zur Verfügung. Pro Tag gibt es derzeit bereits 4.000 User.

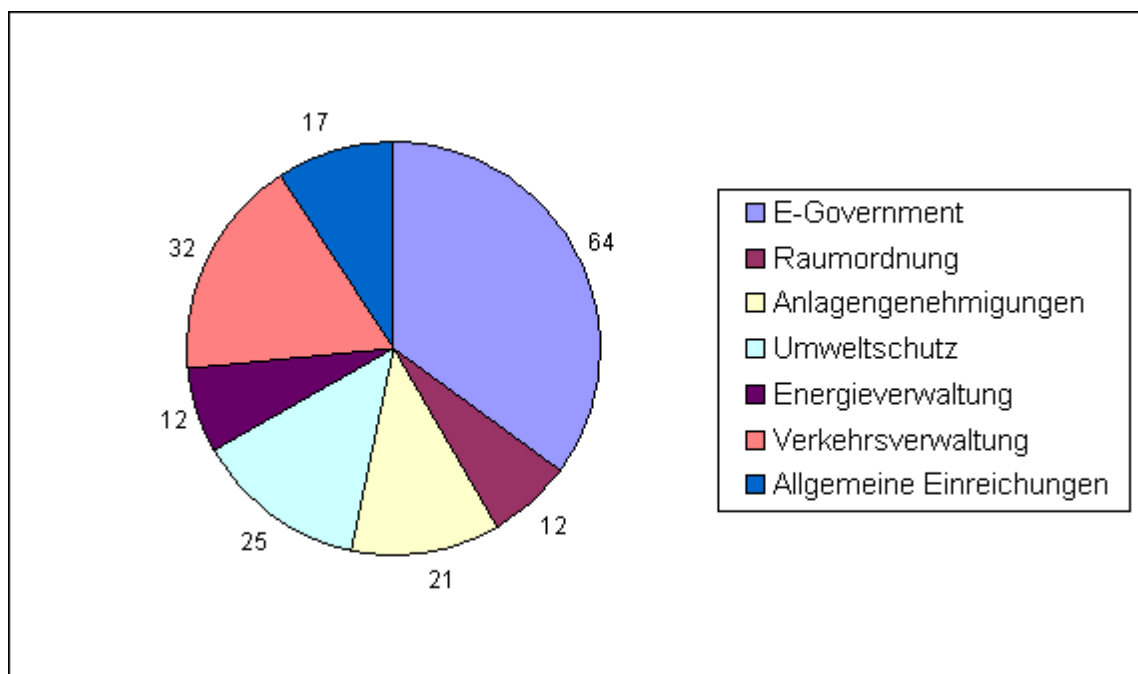
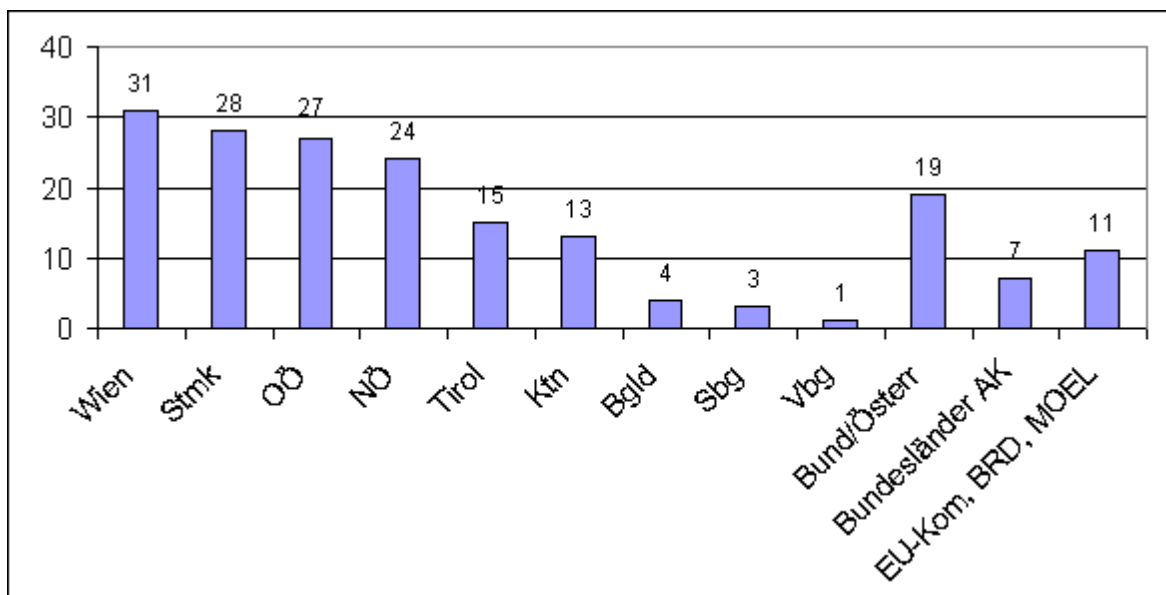
5. Vorteile für die Erzielung hoher Standards (Umweltschutz, Sicherheit usw)

Bisher betrug der Papierverbrauch im Parlament von ca 60 Tonnen. Durch das e-Recht-Projekt ergibt sich eine jährliche Netto-Einsparung bei den Druckkosten von € 1, 125 Mio. Der Verbrauch von 4 Millionen Blatt Kopierpapier (2003) wurde mehr als halbiert.

Amtsmanager 2005 - Nominierungen

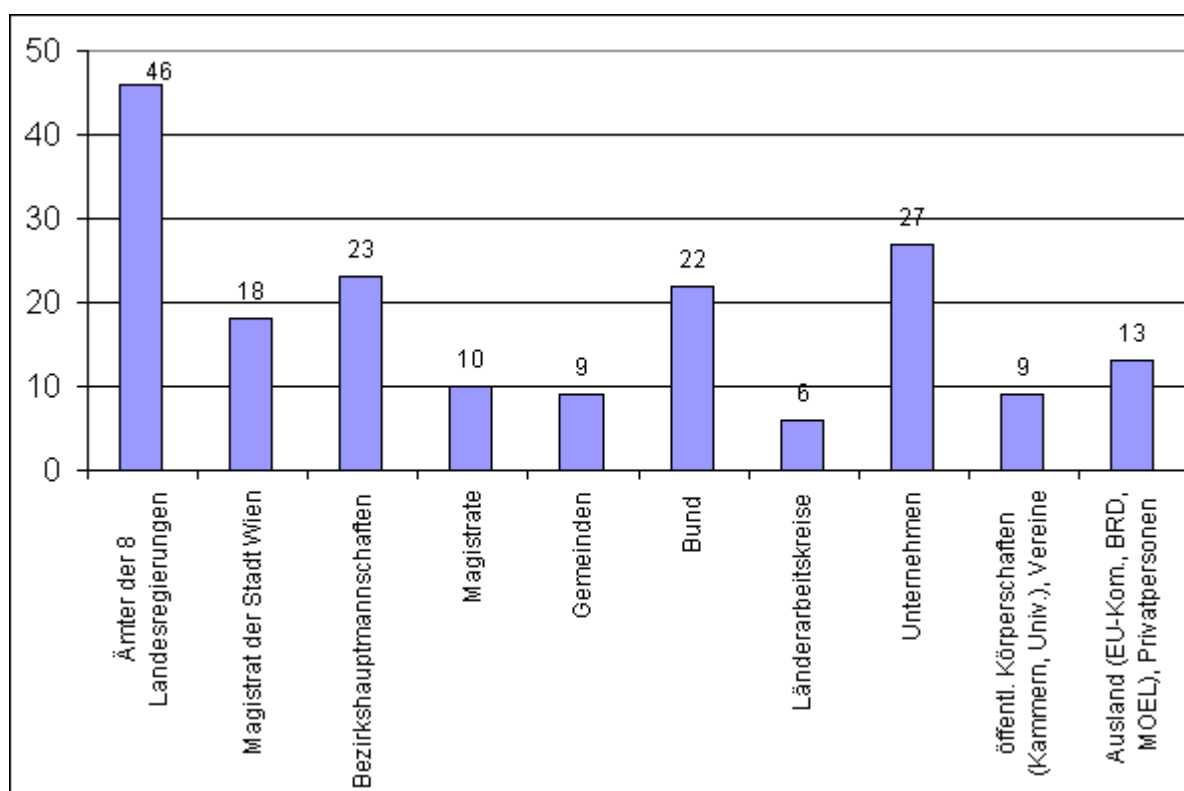
Einreichungen nach Bundesländern

Wien	31
Stmk	28
OÖ	27
NÖ	24
Tirol	15
Ktn	13
Bgld	4
Sbg	3
Vbg	1
Bund/Österr	19
Bundesländer AK	7
EU-Kom, BRD, MOEL	11
Gesamtanzahl	183



Amtsmanager 2005 - Nominierungen

Ämter der 8 Landesregierungen	46
Magistrat der Stadt Wien	18
Bezirkshauptmannschaften	23
Magistrate	10
Gemeinden	9
Bund	22
Länderarbeitskreise	6
Unternehmen	27
öffentl. Körperschaften (Kammern, Univ.), Vereine	9
Ausland (EU, BRD, MOEL), Private	13
Gesamtanzahl der Nominierungen	183



Wir danken den weiteren Sponsoren

DELIKAT **ESSEN**

TRABITSCH CATERING


Schlumberger
seit 1842
MÉTHODE TRADITIONNELLE


Airport Services Hirmann
Airlines Transport Passagier

AIR FRANCE




1858
Zipfer
EIN GLAS **HELLER**
FREUDE